

Antrag

der Abgeordneten Roth, Vosen, Lutz, Catenhusen, Fischer (Homburg), Grunenberg, Hansen (Hamburg), Dr. Kübler, Nagel, Stahl (Kempen), Stockleben, Vahlberg, Buschfort, Dreßler, Egert, Glombig, Heyenn, Kirschner, Peter (Kassel), Reimann, Schreiner, Frau Steinhauer, Urbaniak, Weinhofer, von der Wiesche, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgenabschätzung und -bewertung

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Zur Vorbereitung zukünftiger Entscheidungen des Deutschen Bundestages auf Politikfeldern, die von der technischen Entwicklung zentral beeinflußt werden, wird eine Enquete-Kommission
„Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgenabschätzung und -bewertung“
gemäß § 56 GO-BT eingesetzt.
- II. Die Kommission hat die Aufgabe,
 - Informations- und Wissensstand des Deutschen Bundestages über wesentliche technische Entwicklungslinien und deren Chancen und Risiken zu verbessern und
 - Einwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten des Deutschen Bundestages im Prozeß der technischen Entwicklung aufzuzeigen.
- III. Diese Aufgabe soll sie insbesondere in bezug auf
 1. Ausmaß, Struktur und Inhalt der Beschäftigung unter Berücksichtigung sektoraler und regionaler Aspekte,
 2. Anzahl, Struktur und Qualifikationsniveau der Arbeitsplätze,
 3. Struktur und Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft in Richtung auf ihre ökologische Modernisierung und unter Einbeziehung alternativer Produktionsweisen,
 4. die gesellschaftlichen Verhältnisse, die demokratischen und sozialen Strukturen und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen unter Einbeziehung des

Ausbau der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung,

5. den Frieden mit der Natur, d. h. die Erhaltung bzw. Wiedergewinnung einer unbeschädigten Umwelt wahrnehmen.

IV. Die Kommission setzt sich aus neun Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Verhältnis 4 : 3 : 1 : 1 für das Benennungsrecht der Fraktionen zusammen. Die von den Fraktionen zu benennenden Abgeordneten sollen ein möglichst breites Spektrum von Politikfeldern abdecken. Weitere Mitglieder der Kommission sind sechs nicht dem Deutschen Bundestag oder der Bundesregierung angehörende Sachverständige.

V. Sie hat dem Deutschen Bundestag über das Ergebnis ihrer Arbeiten jeweils zu berichten.

Bonn, den 28. November 1984

Roth
Vosen
Lutz
Catenhusen
Fischer (Homburg)
Grunenberg
Hansen (Hamburg)
Dr. Kübler
Nagel
Stahl (Kempen)
Stockleben
Vahlberg
Buschfort
Dreßler
Egert
Glombig
Heyenn
Kirschner
Peter (Kassel)
Reimann
Schreiner
Frau Steinhauer
Urbaniak
Weinhofer
von der Wiesche
Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Die Auswirkungen der Technik erfassen immer breitere Felder des Arbeitslebens und anderer Lebensbereiche.

Die Abhängigkeiten aller politischen Entscheidungen von den technischen Entwicklungen verändern sich sowohl qualitativ wie quantitativ. Die Sachzwangautomatik führt dazu, daß immer weniger Experten auf einzelnen Technik- und Politikfeldern die Entwicklung des Gemeinwesens dominieren. Demgegenüber fehlt es in der Bundesrepublik Deutschland bislang an einer Institution, die dem Deutschen Bundestag in seinen vielfältig auf die Technikentwicklung Einfluß nehmenden (z. B. durch Mittelbereitstellung) und technikabhängigen (z. B. Volkszählung) Entscheidungen unabhängig informierend und beratend zur Seite steht.

Deshalb bedarf es – unter Nutzung des parlamentarischen Instrumentariums – der Einsetzung einer Enquete-Kommission, die sich dieser Aufgabe annimmt.

Der technologische Wandel ist nicht nur eine Angelegenheit der Wissenschaftler, Techniker und der Technologiepolitik. Er muß sich einbetten lassen in die gesamte übergreifend betrachtete Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. Der technologische Wandel ist ebenfalls kein Ereignis, das wir fatalistisch entgegennehmen müssen. Deshalb genügt die Abschätzung der Technikfolgen und ihre Bewertung nicht. Es bedarf der Gestaltung der technischen Entwicklung.

Der technologische Wandel muß sich in Zukunft messen lassen

- im Produktionsbereich an den Folgen für die Qualität der Arbeit,
- im Konsumbereich am Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität,
- zudem an seinen Folgen für die natürliche Umwelt und
- an den Auswirkungen für demokratische und soziale Strukturen.

Mit der zu beschließenden Einsetzung der Enquete-Kommission

„Gestaltung der technischen Entwicklung; Technologiefolgenabschätzung und -bewertung“

soll auch ein erster Beitrag zu der notwendigen, umfassenden Diskussion des technologischen Wandels geleistet werden.

